

Wittenberger Kanzelreden 2025

Stadtkirche 9. März 2025

Freiheit, die ich meine...

Markus Meckel

Zur Freiheit hat uns Christus befreit. So steht nun fest und lasst euch nicht wieder das Joch der Knechtschaft auflegen. Gal. 5,1

Ich bedanke mich dafür, auf dieser so bedeutenden Kanzel der Stadtkirche die Reihe der diesjährigen Kanzelreden eröffnen zu dürfen. Freiheit war auch für Martin Luther ein zentrales Wort der christlichen Botschaft und er hat in seiner berühmten theologischen Schrift „Von der Freiheit eines Christenmenschen“ dazu Wegweisendes gesagt. Doch werden wir dies heute nicht thematisieren können.

Drei Gedankengänge zur Freiheit möchte ich hier heute vortragen:

1. Zum Sieg der Freiheit vor 35 Jahren

Wir begehen in diesem Jahr den 35. Jahrestag der Selbstdemokratisierung der DDR in der Friedlichen Revolution und dann auch der Deutschen Einheit. In den für unser Land und für Europa zentralen Ereignissen damals war in der Erfahrung und in den Augen vieler Menschen Kirche ein Ort der Freiheit. Von der Friedlichen Revolution kann nicht erzählt werden, ohne auch von den Kirchen zu reden!

Das war nun keineswegs selbstverständlich. Historisch nicht und auch nicht im Vergleich mit den anderen Ländern Mitteleuropas, die damals ebenfalls den Sieg von Freiheit und Demokratie erlebten. Noch am Anfang des 20.

Jahrhunderts waren die Kirchen in der Gesellschaft eher ein Ausdruck für Autoritarismus und Nationalismus gewesen. Bei der Mehrheit der Predigten in Deutschland während des Ersten Weltkrieges stehen uns heute die Haare zu Berge. Doch nach der Katastrophe des Nationalsozialismus hatte es in ganz Deutschland und darüber hinaus in der Ökumene einen Prozess der Neubesinnung gegeben, der zu wesentlichen Veränderungen geführt hat. Die

Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) bekannte sich 1985 in einer Denkschrift zur Demokratie als der Herrschaftsform, die den Werten des christlichen Glaubens am nächsten kommt. Dass nun aber gerade da, wo die Freiheit unterdrückt wurde — in der kommunistischen Diktatur der DDR, wo auch die Kirchen bekämpft und eingehegt wurden, sich in hohem Maße Kirche als Ort wirkmächtiger Freiheit erwies, kann ich auch nachträglich nur als ein Geschenk betrachten, das auch heute noch der Beachtung wert ist.

In der 1988/89 im Vorfeld der Friedlichen Revolution tagenden Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung kamen die beteiligten Kirchen in einer beachtlichen ökumenischen Erfahrung zu gemeinsamen Aussagen und Bekenntnissen, die weit über den Rahmen der Kirche hinausgingen und öffentliche Wirksamkeit entfalteten. So mutet es merkwürdig an, dass in der heutigen Öffentlichkeit und auch in den Kirchen selbst — besonders im westlichen Teil unseres Landes — dieses wichtige Erbe unserer Geschichte kaum noch präsent ist.

Die europäischen Aufbrüche des Jahres 1989 hatten eine lange Vorgeschichte. Wo man den Anfang setzt, hat eine gewisse Willkür — dass aber die Gründung der unabhängigen Gewerkschaft Solidarnosc in Polen dazu gehört, dürfte unbestritten sein. In diesen Tagen im Sommer 1980 kam ich als junger Vikar aus Berlin nach Mecklenburg und hielt dort gleich Anfang September meine erste Predigt. Ich sprach zu dem Pauluswort über die Freiheit (Gal.5,1), getragen von der festen Überzeugung, dass das Evangelium von Jesus Christus eine Freiheitsbotschaft ist. Die Botschaft, dass es gilt, sich auch in dieser Diktatur sich als freier Mensch zu verhalten und für die Gestaltung von Freiheit einzusetzen.

Wer hätte damals gedacht, dass das, was da in Polen geschah der Anfang eines Aufbruchs in ganz Mitteleuropa sein würde. Wir schauten wir mit Bewunderung nach Polen und ich sagte gelegentlich: „Mit Deutschen kann man so etwas nicht machen...“ Einerseits stimmte das — andererseits aber dann doch nicht, denn neun Jahre später durften wir das Udenkbare erleben, eine Friedliche Revolution in der DDR als Teil eines Aufbruchs in ganz Mitteleuropa. Für uns Deutsche führte die Selbstdemokratisierung zur demokratischen DDR, die — dem Willen der Mehrheit folgend - die deutsche Einheit verhandelte und erlangte. Dass dies möglich sein würde, hätten wir noch wenige Monate zuvor

nicht für möglich gehalten. Manche wollten es auch nicht, aber sie waren eine kleine Minderheit.

Umso erstaunter war ich dann zwei Jahre später, als ein bekannter deutscher Politiker im Bundestag in Bonn erklärte, dass er sich freue, dass die Ostdeutschen durch die Einheit die Freiheit erhielten. Ich schaute mich um und keiner schien es gemerkt zu haben, dass hier gerade die Geschichte verfälscht wurde. Denn es war ja gerade andersherum: die von uns erkämpfte Demokratie und Freiheit hatte das Tor zur Einheit aufgestoßen und diese ermöglicht. Nicht Freiheit durch Einheit, sondern Einheit durch die Freiheit!

Doch mehr als das. Anders als wir es bis heute in vielen Gedenkreden hören, in denen erzählt wird, dass Helmut Kohl nach dem Fall der Mauer die Einheit gemacht hat, haben wir als DDR-Bürger diese Einheit nicht nur gewollt, sondern auch mitgestaltet. Die deutsche Einheit war das Ergebnis von Verhandlungen zweier gleichermaßen demokratisch legitimierte deutsche Staaten miteinander und mit den Alliierten des 2. Weltkrieges. In den institutionellen Abläufen war der Prozess der deutschen Einheit ein Akt der Selbstbestimmung der Ostdeutschen. Wir wurden zwar nicht immer gut und mit Respekt behandelt — da gäbe es manches zu erzählen. Aber wir waren nicht Objekt, sondern Subjekt. Und damit widerspreche ich dem Duktus vieler Gedenkreden genauso wie der Haltung vieler Ostdeutscher, die die Vereinigung als Kolonisierung beschreiben.

Sie werden mir vielleicht zustimmen, dass die Vereinigung Deutschlands 1990 die Sternstunde der Deutschen im 20. Jahrhundert war (jedenfalls sieht man das weltweit so). Deutschland in Freiheit vereint, mit der Zustimmung aller europäischen Nachbarn, denen wir 45 Jahre zuvor so viel Schreckliches angetan haben — das war doch regelrecht ein Wunder! Und da macht es schon einen Unterschied, ob wir in diesem Prozess Objekt oder Subjekt waren.

2. Freiheit, Recht und Würde — eine lange Tradition

Als wir 1989/90 für die Freiheit stritten, ging es uns nicht um die Freiheit „über den Wolken“, die einem niemand nehmen kann, weil die Gedanken ja frei sind. Es ging uns um die Freiheit, die zur menschlichen Würde gehört, um Selbstbestimmung in einem durch Recht konstituierten Gemeinwesen. Und so ging es uns wie den 1848ern in ganz Europa um eine Verfassung, um die Herrschaft des Rechts, um Menschenrechte und insbesondere die

Partizipationsrechte jedes Bürgers. Ja, es ging darum, Bürger zu sein und nicht Untertan. So stand auch die Verfassungsfrage gleich mit auf der Tagesordnung, als ab Dezember 1989 am Runden Tisch in der DDR der Weg in die Demokratie verhandelt wurde.

Die Verfassungskommission des Runden Tisches erarbeitete dann auch einen Verfassungsentwurf, der Anfang April 1990 der erstmalig demokratisch gewählten Volkskammer vorgelegt wurde. Doch inzwischen hatte sich die Situation völlig verändert. Das Wahlergebnis im März 1990 — vor fast genau 35 Jahren machte den Willen der Bevölkerung zur möglichst schnellen Einheit deutlich. Die demokratische Regierung und das Parlament hatten nun die vorrangige Aufgabe, neben der beginnenden Umgestaltung des Landes in eine Demokratie vor allem die Einheit vorzubereiten und zu verhandeln. Da wäre es merkwürdig gewesen, nun erst einmal eine DDR-Verfassung zu diskutieren — und so wurde diese beiseitegelegt. Das schuf bei vielen, die sich für die Freiheit engagiert hatten, tiefe Frustration.

So entstand die Forderung, wenn die Einheit schon durch Beitritt nach Art. 23 des Grundgesetzes (GG) vollzogen werden soll, parallel dazu einen Ausgleich zu schaffen, indem eine auf der Grundlage des GG ausgearbeitete neue Verfassung dann durch einen Volksentscheid abgestimmt wird — bei dem natürlich jeder Bürger aus Ost und West eine gleichwertige Stimme hat. Das lehnte Helmut Kohl damals ab. Die gemeinsame Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat in der ersten gesamtdeutschen Legislaturperiode bis 1994 verwandelte dann im Grunde nur den Beitrittsartikel 23 zum Europaartikel. Dies hinterließ bei vielen in Ostdeutschland eine große Enttäuschung, die bis heute nachwirkt.

Im letzten Jahr nun haben wir mit viel Öffentlichkeit den 75 Jahrestag des GG begangen — und es wurde allerorten gelobt und in seiner Bedeutung dargestellt. Ich gestehe, ich kann allen diesen Reden zustimmen. Ich kenne keine bessere Verfassung und möchte mit keinem Land tauschen. So geht es auch vielen Ostdeutschen. Doch man kommt beim erneuten Lesen ins Stutzen: Warum soll dies GG vorläufig sein, wie es der Artikel 146 immer noch sagt, wenn es heißt, dass es so lange gilt, bis sich das deutsche Volk eine Verfassung gibt. Deshalb schlage ich vor, dass wir in diesem Jahr durch Streichung des Artikels 146 das vorläufige Grundgesetz zu unserer dauerhaften Verfassung machen. Dabei sollten wir diesen Akt regelrecht zelebrieren und die einzelnen Aussagen immer wieder ins Gedächtnis

rufen. Es lohnt sich nämlich, gerade die ersten 20 Grundsatzartikel in aller Klarheit öffentlich zu deklamieren und zu bekennen, dass es diese Werte sind, für die wir in der friedlichen Revolution eingestanden sind, für die wir gekämpft haben. Gerade ein solcher formeller Akt würde deutlich machen, dass wir für diese Werte, für unsere Demokratie kämpfen und diese verteidigen wollen.

3. Entschlossenheit! Verteidigt die Freiheit!

Es ist eine riesige Herausforderung zu sehen, dass in den Ländern, mit denen wir vor 35 Jahren Demokratie und Freiheit erkämpften, gerade diese Errungenschaften in hohem Maß infrage gestellt und bekämpft werden — wie auch bei uns! Wie bei uns durch die AfD und ihre Wahlerfolge so ist auch in Ungarn, in der Slowakei die Demokratie akut gefährdet

Wie nachhaltig der bewundernswerte Wahlerfolg von Donald Tusk und seiner Koalition in Polen ist, werden die Präsidentschaftswahlen in wenigen Monaten zeigen. Wir mussten lernen, dass - wie der Glaube - auch die Demokratie kein ein für alle Mal gesichertes Gut ist. Sie bedarf der Vergewisserung und des Engagements, der Praxis und des Dialogs. Und der Bereitschaft und Fähigkeit der demokratischen Parteien, Kompromisse zu schließen und die Lösung der gegenwärtigen bedrängenden Probleme im Interesse des Landes entschlossen anzugehen. Ich war — ehrlich gesagt — nach den Landtagswahlen im September des letzten Jahres entsetzt, wie gering diese Bereitschaft und Fähigkeit bei den demokratischen Parteien war. Die CDU stellte die AfD und die Linke auf die gleiche Stufe — in Thüringen also Herrn Höcke und Herrn Ramelow. Jeder hat gesehen, wie ideologisch und absurd das ist. Oder die unterirdische Polemik gegen die Grünen. Das ist doch alles ein Beleg dafür, dass sie nicht verstanden haben, dass unsere Demokratie in Gefahr ist!

Wir werden sehen, ob es der neuen Koalition auf Bundesebene jetzt besser gelingt.

Im März 1990 — kurz vor der freien Wahl in der DDR — hatte ich die Chance, mit Dietrich Stobbe und Horst Ehmke, zwei Sozialdemokraten aus der Bundestagsfraktion, nach Washington zu fliegen und politische Gespräche zu führen. Dort trafen wir einen sehr erfahrener und uns zugetanen Senator der

Demokraten, Joe Biden. Er hat mich sehr beeindruckt – wobei niemand ahnen konnte, dass er einmal (in global entscheidender Zeit!) Präsident der USA sein würde. Aber es war zu spüren, dass wir die grundlegenden Werte der Demokratie und des Völkerrechts teilten.

Heute müssen wir dagegen die schockierende Erfahrung machen, dass dies Land genau diese Werte mit Füßen tritt, die USA, die (trotz mancher Entgleisungen) grundlegend waren für die Entwicklung der Menschenrechte und für eine auf dem Recht der UN-Charta basierende Weltordnung. Das stellt uns in Deutschland und Europa vor immense Herausforderungen. Weder die Politik noch die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland noch wir als Kirchen sind darauf angemessen vorbereitet. Auch geistig und in der ethischen und theologischen Reflexion nicht.

Schon der Überfall Russlands auf die Ukraine vor drei Jahren hat uns durcheinandergewirbelt. Plötzlich galt es, Dinge zu sagen und zu tun, die wir vorher kaum für möglich gehalten haben – die Lieferung von Waffen in ein Kriegsgebiet, eine schier unvorstellbare Aufrüstung. Wichtig war dann die schnelle und klare Solidarität mit der Ukraine, dem Opfer der Aggression und Invasion. Ethisch ist von großer Bedeutung, dass hier – anders als bei anderen Kriegen wie etwa im Nahen Osten – die politische Verantwortung sehr klar und eindeutig ist. So ging es auch sehr schnell, dass die Bundesregierung eine „Zeitenwende“ verkündete. Leider war dann die Umsetzung nicht mehr so schnell und entschlossen, so dass auch wir dazu beigetragen haben, dass die Ukraine sich heute in so desolater Lage befindet.

Umso schlimmer ist nun die ganz frische Erfahrung, dass die Grundlage von Sicherheit für uns und Europa, die transatlantische Allianz, gerade zerbricht. Wer hätte das für möglich gehalten – der amerikanische Präsident stellt sich auf die Seite Putins und erpresst das Opfer, stille zu halten... Und wir müssen feststellen, dass wir offensichtlich über Jahrzehnte versäumt haben, für unsere eigene Sicherheit Verantwortung zu übernehmen und

Trotzdem gilt es, auch in solcher Situation die Orientierung und die Grundlagen unserer Werte nicht zu verlieren, Haltung zu zeigen und entschlossen für unsere Überzeugungen einzustehen. Wir wissen heute nicht, wie es endet. So geht es auch der Ukraine. Sie werden sich verteidigen, damit es nicht dem ganzen Land so ergeht wie in Butscha oder Mariupol. Und wir müssen

verstehen lernen, dass in der Ukraine auch unsere Sicherheit verteidigt wird und bereit sein, sie uns etwas kosten zu lassen.

Gleichzeitig droht wieder eine blinde Fokussierung allein auf das Militärische, auf Bundeswehr und Waffen. Vom Klima ist kaum noch die Rede. Dabei gehören die nötigen Investitionen in den Klimaschutz jetzt mit in die Neugestaltung der Schuldenbremse. Ich hoffe, dass die Grünen das noch hineinverhandeln. Ich sage das an dem Ort, wo in der DDR-Zeit Wittenberg mit Peter Gensichen ein ökologisches Netzwerk gegründet wurde, in dem überzeugend die Verantwortung für die Bewahrung der Schöpfung gelebt wurde.

Die USA streichen gerade weltweit die Mittel für Entwicklungshilfe, mit verheerenden Folgen. Auch bei uns gibt es im konservativen Lager solche Tendenzen. Da dürfen wir nicht mitmachen bzw. müssen gegensteuern! Ich erinnere noch einmal an die Botschaften der Ökumenischen Versammlung – in denen klar wird, dass das Engagement für globale Entwicklung auch ein Beitrag für Frieden und Demokratie ist. Wir dürfen die Länder des globalen Südens nicht China und Russland überlassen.

Gewiss werden Kompromisse nötig sein — sie sind das Schmiermittel der Demokratie. Doch gibt es Grenzen, irgendwo beginnt der Verrat an den eigenen Werten — und nicht nur den eigenen, sondern eben denen, die unserem Glauben entsprechen und den freiheitlichen Traditionen der Aufklärung und des Völkerrechts. Dem Recht des Stärkeren ist Einhalt zu gebieten und die Herrschaft des Rechts zu verteidigen. Wir werden darüber, was das bedeutet, noch viel zu reden haben.

Vieles wird Zeit brauchen, gleichzeitig jedoch zügige Entscheidungen und entschlossene Umsetzung. Sehr kurzfristig aber wird es darauf ankommen, für die Ukraine sofort alles, aber auch alles zu tun, um ihre Verteidigungsfähigkeit zu erhöhen und ihre Zukunft in der EU und auch in der Nato vorzubereiten (wenn es die Nato dann noch gibt – sie ist jedenfalls kein Eigentum der USA!). Denn das Wort des Paulus gilt auch für die Ukraine: Zur Freiheit hat uns Christus befreit – so steht nun fest und lasst euch nicht wieder das Joch der Knechtschaft auflegen. Gal. 5,1

Ich danke Ihnen.